

Alternative Nachrichten aus Landtag, Bundestag und EU-Parlament

Ausgabe 2

Baden-Württemberg

Winter 2019/20



Polizeibeamte am Rande einer Demonstration.

Foto: Pixabay/Farahim Gasimov

Die Polizei, dein Freund und Opfer? Wie die Ordnungsmacht das Vertrauen verspielt

Von Simon Dennenmoser

Ein beliebtes Stichwort in Bezug auf die Polizei ist „Respekt“. Nicht nur von der AfD, sondern auch von anderen Parteien wird regelmäßig „Respekt“ für die Polizei gefordert oder ausgedrückt. Die Begriffsbedeutung wird im Duden mit „Anerkennung“ oder „auf Bewunderung ruhende Achtung“ erklärt. Dadurch wird klar, dass Respekt durch Leistung erworben werden muss. Doch wie ist es um die Leistungserbringung und die Leistungsfähigkeit unserer Polizei bestellt?

Ich möchte in diesem Artikel nicht auf die offensichtlichen Probleme Personalmangel, Mängel in der Ausstattung und Ausbildung, veraltete Technik und mangelnde recht-

liche Handhabe eingehen. Diese werden verhältnismäßig oft öffentlich debattiert, auch wenn dies meist nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation führt. Ich möchte aber auf einige Aspekte eingehen, welche die innere Einstellung, das Selbstbild der Polizei betreffen.

Auch wenn es selbstverständlich ist, dass jeder Beamte sein eigenes Selbstbild, sein eigenes Berufsethos entwickelt, so ist dennoch offensichtlich, dass es hierbei Einstellungen gibt, die zum Teil sehr gegensätzlich sind. Dies ist auch für Außenstehende offensichtlich, zum Beispiel dann, wenn es um den Unterschied zwischen dem Polizisten auf der Straße und dem im Stab geht. Nicht umsonst wird in der amerikanischen Kriminologie gerne von den „Street

Cops“ und den „Management Cops“ gesprochen. Der deutsche Polizeiwissenschaftler Rafel Behr spricht von „Polizeikultur“, die sich strikt am geschriebenen Recht, am Leitbild, dem Anspruch einer „kundenorientierten Bürgerpolizei“ und an Formalismen orientiert. Dem teils in Symbiose, teils gegenüber, steht die „Polizistenkultur“, welche sich eher aus einem Gerechtigkeitsempfinden, praktischen Erfahrungswerten, Autorität und praxisorientierten Handlungsmustern speist.

Erstgenanntes Leitbild ist sehr weichgezeichnet. Der Gewaltbegriff kommt hierin überhaupt nicht vor, ist für den Polizisten auf der Straße aber regelmäßige Realität! Seine „Kundenorientierung“ entspricht nicht immer der Friede-

Freude-Eierkuchen-Vorstellung der Polizeikultur. Er kann nicht immer den vielbeschworenen „Freund und Helfer“ mimen, er muss oftmals als Vertreter des Staates autoritär auftreten und handeln. Ein Polizist kann Respekt auf der Straße weder voraussetzen, noch kann er ihn einfach einfordern – Respekt muss man sich verdienen!

Aktuell soll in Berlin „Der Polizeipräsident von Berlin“ umbenannt werden in „Polizei Berlin“. Außerdem soll die Bezeichnung „Dienstgrad“ abgeschafft und durch „Amtsbezeichnung“ ersetzt werden, weil „Dienstgrad“ ein militärischer Begriff ist. Entmilitarisierung wird aber nicht nur in Berlin betrieben. In Baden-Württemberg wurden schon früher Bezeichnungen wie „Revierführer“ in „Revierleiter“ oder „Dienstgruppenführer“ in „Dienstgruppenleiter“ umbenannt. Dies setzt sich auch in der Auswahl der Waffensysteme oder in der sehr schulisch gehaltenen Ausbildung fort. Ebenfalls wird hierzulande peinlich genau darauf geachtet, nicht unnötig „martialisch“ zu wirken. Alles, was einen militärischen Anschein haben könnte, wird abgeschafft oder zumindest sehr misstrauisch beäugt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für das Selbstverständnis der Polizei liegt in der Kommunikation der Führungskräfte nach außen sowie der Kommunikation in der Politik. Oben genannte Forderungen nach Respekt für die Polizei gehen zumeist Hand in Hand mit der Feststellung, dass die Polizei immer öfter „Opfer“ von Gewalt wird. Eine Sprachregelung, die meiner Meinung nach in höchstem Maße schädlich ist! Um das zu erklären, gehe ich im Folgenden auf die drei verschiedenen Stufen der Opferwerdung ein, anhand

praktischer Beispiele mit Polizeibezug.

Die erste Stufe ist die „primäre Viktimisierung“: A schlägt einen Polizisten (P), dieser wird dadurch unmittelbar zum Opfer. Die zweite Stufe wäre die „sekundäre Viktimisierung“: Nachdem P von A geschlagen wurde, berichtet die Presse, P wäre selbst schuld, da er nicht genügend deeskaliert habe. P wird hierdurch mittelbar zum Opfer durch die Schuldzuweisung anderer. Die dritte Stufe, die „tertiäre Viktimisierung“: Nachdem sich dies mehrfach wiederholt, beginnt P nun die Schuld bei sich selbst zu suchen und zu finden und ist überzeugt, dass er eben der Prügelknabe der Nation sei und beginnt sich entsprechend dieser Zuschreibung zu verhalten. Diese dritte Phase, in der man eine Opferhaltung in sein Selbstbild einfügt, kann dazu führen, dass der Opferstatus chronisch wird. Es kann sogar dazu führen, dass man Selbst einen Opfermythos kreiert, pflegt und offen zur Schau stellt. Die Polizei, als Institution, befindet sich meiner Ansicht nach tief in dieser tertiären Viktimisierung. Dies ist unter anderem daran zu erkennen, dass führende Polizeibeamte und Innenminister die Polizei selbst als Opfer darstellen und darum bitten, mehr Respekt für sie aufzubringen.

Diese Entwicklung halte ich für hochgradig gefährlich, da dadurch ein fatales Bild der Polizei in die Bevölkerung transportiert wird. Hierdurch muss die Bevölkerung zwangsläufig nach und nach das Vertrauen in die Polizei und letztlich in den (Rechts-)Staat insgesamt verlieren. Eine Polizei, die nicht in der Lage ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, ja, die sogar regelmäßig als Bittsteller an die

Bevölkerung herantritt, die macht sich über kurz oder lang überflüssig. Es ist daher zwingend erforderlich, dass die Polizei ihr Verhältnis zum Gewaltmonopol wiederbelebt, sich selbst als die Ordnungsmacht im Lande begreift und die Opferrolle selbstbewusst hinter sich lässt!

Über den Autor



Foto: Privat

Simon Dennenmoser, Jahrgang 1991, absolvierte seine Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst ab September 2008. Danach viereinhalb Jahre Dienst in einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei, dann Studium zum gehobenen Dienst und aktuell tätig als Gruppenführer in der Bereitschaftspolizei. Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD) seit August 2013, aktuell Vorsitzender des Kreisverbandes Göppingen, Kreisrat und Leiter des Landesfachausschusses (LFA) 2: Innere Sicherheit, Recht und Datenschutz.

AfD-Bundesvorstand mit drei Baden-Württembergern

Braunschweig. Auf dem AfD-Bundesparteitag in Braunschweig am 30. Januar und 1. Februar wurden insgesamt drei Kandidaten aus Baden-Württemberg in den neuen Bundesvorstand der Partei gewählt. Prof. Dr.

Jörg Meuthen, amtierender Bundessprecher, erhielt bei seiner trotz zweier Gegenkandidaten ungefährdeten Wiederwahl 69,1 Prozent der Stimmen. Dr. Alice Weidel, Vorsitzende der Bundestagsfraktion, kam

ohne Gegenkandidaten auf 76,4 Prozent. Joachim Kuhs, bereits in der vergangenen Amtszeit Schriftführer, konnte sich im dritten Anlauf – nach einer Neueröffnung des Wahlgangs – mit 50,1 Prozent durchsetzen. (red)

Landtag

Kampf dem Judenhass: Wer sind die wahren Antisemiten in Baden-Württemberg?

Von Daniel Rottmann

Stuttgart. Den Kampf gegen Antisemitismus haben sich alle Parteien im Landtag von Baden-Württemberg auf die Fahne geschrieben. Er ist ihnen sogar so wichtig, dass bei der Antrittsrede des Antisemitismusbeauftragten Michael Blume in Heidelberg vor einem Jahr mit mir ein einziger Vertreter aller (!) Landtagsfraktionen anwesend war. Ohne Medienpräsenz und die Gelegenheit zum AfD-Bashing spielt der Kampf gegen Antisemitismus bei den etablierten Parteien offenbar gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle...

In diesem Herbst wurde der erste Antisemitismusbericht vorgelegt. Interessant dabei war insbesondere die Zuordnung der Verdachtsmomente: Weit über 90% der antisemitischen Vorfälle werden per Definition der politisch rechts motivierten Kriminalität zugeordnet. Woher aber weiß man das so genau, wenn man der Täter nicht habhaft wird? Die Wahrnehmung der Opfer setzt da ganz andere Schwerpunkte: 41% der befragten Opfer nannten extremistisch muslimisch als Motiv, 20% politisch rechts und 16% politisch links.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Melde- und Beratungsstelle "Leuchttlinie" für antisemitische Angriffe und Beleidigungen. Angekoppelt an andere Projekte soll sie "eine einheitliche Aufnahme antisemitischer Vorfälle in Baden-Württemberg" gewährleisten. Diese Fachstelle ist, halten Sie sich fest, angesiedelt ausgerechnet bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. Gerne würde ich wissen, wie viele von unseren jüdischen Mitbürgern solch eine Beratung bei der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg e.V. in Anspruch genommen haben...

Wie dem auch sei: Statt zum Thema "Schutz der Religionsgemein-

schaften in Baden-Württemberg vor Terror-Anschlägen" zu reden, wie es die Tagesordnung vorsah, griff der "Grünen"-Abgeordnete Sckerl unlängst lieber die AfD an. Er stellte die "Ablehnung des Antisemitismus durch Sie und die AfD" als unglaublich dar und behauptete, auch "Ihre AfD-Gruppe 'Juden in der AfD' konnte und kann daran nichts ändern." Moment einmal – unterstellte Sckerl da ausgerechnet den Juden in der AfD (JAfD) Antisemitismus? Das ließ tief blicken in die dunklen Abgründe der grünen Seele und ich habe diese Aussage im Landtag mit einem lauten und deutlichen Zwischenruf in Richtung Sckerls kommentiert: "Sie sind ein Antisemit!"

Dafür erhielt ich einen Ordnungsruf der stellvertretenden Landtagspräsidentin. Wofür eigentlich? Dafür, dass ich die Wahrheit gesagt habe? Dafür, dass ich den gleichen Vorwurf in den Raum gestellt habe wie zuvor der Grünen? Dafür, dass ich gegen einen Grünen angewendet habe, was gegen die AfD regelmäßig angewendet wird? Fest steht jedenfalls: Im Landtag wird mit zweierlei Maß gemessen. Für die Grünen gilt wohl, was im Antisemitismusbericht zu lesen ist: "Wer Antisemitismus also nur bei jeweils 'Anderen', nicht aber im eigenen Milieu thematisieren und bekämpfen möchte, wird auch den empirischen Befunden nicht gerecht."

Die AfD-Landtagsfraktion stellte anschließend in einer Stellungnahme klar: Sckerl hatte "seine tief verwurzelte antisemitische Haltung dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er die 'Juden in der AfD' (JAfD) auf schäbigste Weise diskreditiert und sie selbst des Antisemitismus bezichtigt hat. Die AfD-Landtagsfraktion weist die Behauptung Sckerls, die AfD sei 'keine Partei für Juden', entschieden zurück. Nach meiner Überzeugung sind vor allem die Parteien im linken

deutschen Parteienspektrum mit ihrer Unterstützung für palästinensische und arabische Hamas- und Hisbollah-Terroristen, mit ihrem Hass auf den Staat Israel und ihrem Support für internationale Boykottaufrufe gegen israelische Produkte kein Rückhalt für jüdische Mitbürger, sondern im Gegenteil Feinde des Judentums und der israelischen Souveränität. Ist es ein Herr Sckerl, der darüber zu entscheiden hat, welche politische Orientierung Juden in Deutschland haben dürfen? Hans-Ulrich Sckerl unterstellt der gesamten AfD Antisemitismus, wenn er 'die vorgetragene Ablehnung des Antisemitismus' meiner Partei als 'völlig unglaublich' bezeichnet. Damit zeigt Sckerl mit einem Finger auf die AfD und mit drei Fingern auf sich selbst!"

Über den Autor



Foto: Privat

Daniel Rottmann, Jahrgang 1969, Theologe und Buchhändler, ist seit 2016 Mitglied der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Dort Vorsitzender der Arbeitskreise Petitionen sowie Innere Sicherheit, Digitalisierung und Migration sowie Vorsitzender im Wahlprüfungsausschuss. Außerdem Mitglied der Christen in der AfD (ChrAfD), Fördermitglied Juden in der AfD (JAfD).

Über den Umbau unserer Gesellschaft

Von Dr. Rainer Balzer

Wahnvorstellungen und Ängste bestimmen heute die politische Realität. So lässt sich auch die Äußerung des Ministerpräsidenten für die Einführung eines Tempolimits auf den Autobahnen belegen. Behauptet wird, damit könnte man unser kleines Land das Klima der Welt retten. Wir, die Alternative für Deutschland, lehnen ein Tempolimit ab. Dass sich das Wetter verändern kann, weiß inzwischen jeder Mensch der lesen kann. Wir erinnern uns an die Eiszeit, an den Geschichtsunterricht zum Thema Hannibal und seine Überquerung der Alpen, an die berühmten Märsche der römischen Legionen bis nach England und an den Weinbau an der Ostsee.

Um was geht es grünen Politikern in Wirklichkeit? Es waren die Symbole des Wirtschaftswunders, die der Wähler der CDU viele Jahre gutschrieb und ihr deshalb die Führung der Bundesrepublik Deutschland anvertraute.

Das Wirtschaftswachstum mit „Wohlstand für alle“, das Einfamilienhaus, die individuelle Mobilität mit dem eigenen Automobil und die soziale Sicherheit. Alles Werte, die der Bürger mit Fleiß und Tatkraft selbst erwirtschaften konnte und auf die man stolz war und sein durfte.

Die Grünen haben diese Wohlstandssymbole in Misskredit gebracht. Alles, was mit Wirtschaftswachstum zu tun hat, ist grundsätzlich verantwortlich für die Menschheitskatastrophe, für die Verschmutzung und Verwüstung der Welt. Die soziale Sicherheit wurde unter rotgrün demontiert. Viele Rentner haben ein niedrigeres Einkommen, also niedrigere Rente, als sogenannte Einwanderer, geduldete Migranten, an Zuwendungen aus dem Sozialhaushalt erhalten.

Was steckt dahinter? Immer irgendwo die Idee, dass wir Westeuropäer an der Armut im Rest der Welt verantwortlich sind? Das es unserem reichen Land ja so gut geht! In diesem

Zusammenhang wird die individuelle Verantwortung für die Lebensleistung, gerade auch im Beruf, völlig ausgeblendet. Unser Lebensstil, der für viele Menschen auf der Welt vorbildlich ist, wird von den eigenen Bürgern aus dem Bereich der grünen Partei verächtlich gemacht und für das Elend auf der Welt als Ursache angesehen. Das Einfamilienhaus wurde für die Zersiedelung der Landschaft verantwortlich gemacht und das Automobil mit dem Verbrennungsmotor wurde zum „Stinker“, dessen Abgase die Welt vergiften.

Logisch ist: Wer die Qualität des Wohnens im Einfamilienhaus nur als Zersiedelung der Landschaft wahrnimmt, der wird diese Lebensform als Zerstörung der Natur verdammten. Wer bei Autos den preiswerten und schnellen Transport von Waren und Menschen von überall nach überall außerhalb der Betrachtung lässt und nur Unfälle, Lärm und Abgase bewertet, der kommt zum Schluss: ohne Autos wäre alles besser, keine Unfälle, die Luft sauberer, weniger Lärm und weniger Umweltzerstörung durch Straßenbau. Man kann jedes System ins absurde führen, in dem man ausschließlich negative Nebenwirkungen betrachtet und die positiven Hauptwirkungen als nicht existent, außerhalb der bewertenden Betrachtung stehen lässt.

Durch den sogenannten kritischen Journalismus wurde, für viele Bürger schockierend, aus dem Wirtschaftswunderland ein Katastrophenerzeugungsland. Das verblüffende an diesen Untergangsszenarien ist, dass alles mit Bildern belegt und mit wissenschaftlich klingenden Texten bewiesen wird. Beachten Sie die Sprache der Politik der Gegenwart: Das Leitbild des eigenen Hauses, die Familie, Eltern mit Kindern, das eigene Fahrzeug, der eigene Garten, die sichere Umgebung wurde ersetzt durch die grüne bunte Vielfalt. Das Zusammenleben muss jeden Tag neu verhandelt werden, sagen sozialistische Politiker. Wo bleibt das Grundgesetz?

Wir sprechen heute nicht mehr von Dörfern und Stadtteilen, sondern von Quartieren. Das Einfamilienhaus wird ersetzt durch Wohnraum. Wohnraum schaffen im Wohnblock, im Quartier? Barcelona macht den Vorreiter, Wohnblockviertel ohne Autos, damit ohne selbstbestimmte Mobilität. Die Bewohner sind abhängig von fremdgesteuerten Transportsystemen, abhängig vom Massenverkehr. Alles dies wird gesteuert von Quartiermanagern und von Quartierlotsen. Letztere organisieren, dass Migranten, die noch nie etwas in das Sozialsystem einbezahlt haben, genauso gut leben wie diejenigen, die dieses System aufgebaut und finanziert haben. Wo bleiben in diesem politischen Diskurs Gemeinderäte und Stadträte, gewählte Bürgervertreter?

Die amtierende Landesregierung wird die Bürgerbeteiligung sukzessive durch den Zufallsbürger am Runden Tisch ersetzen. Wer ist ein Zufallsbürger? Ich darf zitieren: Zufallsbürger werden ausgewählt, um denjenigen, die sich sonst nicht beteiligen, Mitsprache zu gewähren. Nicht die Wahl des Besten, sondern die Auswahl durch die Bürgerbeauftragten bestimmt die Politik der Zukunft!

Mit zunehmender Geschwindigkeit verändert sich auch die Bildung in unseren Schulen. Die Anzahl und die Häufigkeit der Bildungsplanreformen haben inzwischen ein aberwitziges Tempo angenommen. Warum? Welche Ziele stehen dahinter? Es klingt für normale Bürger kaum verständlich, aber es ist wahr: Die Begriffe „Wissen und Können“ sind aus den heutigen Bildungsplänen, die früher Lehrpläne hießen, komplett verschwunden - ersetzt durch den Begriff „Kompetenz“.

Was bedeutet dies? Kompetenz ist das Abarbeiten einer bestimmten Tätigkeit am besten nach einer Checkliste, im vorgegebenen Schematismus. Kompetent ist, wer von sich annimmt, oder glaubt oder gesagt bekommen hat, dass er eine

bestimmte Fähigkeit und Tätigkeit irgendwann einmal ausführen kann, nicht zwingend heute, aber irgendwann. Vom Verständnis, vom selbstständigen Denken, dem Erfassen und Durcharbeiten eines Lernstoffes sind wir an unseren Schulen inzwischen weit entfernt. Dies wirkt sich ganz konkret beim Erlernen von beruflichen Fertigkeiten aus. Der selbstständig denkende Mitarbeiter, der eigenverantwortlich einen Arbeitsbereich bearbeitet ist nicht mehr gefragt, anscheinend von der Wirtschaft so gewollt?

Bildungspläne mit den vielen hübschen Leitperspektiven wie „Toleranz und Vielfalt“, wer könnte gegen so etwas sein, sorgen für Verunsicherung der Schüler. Sogar bei der Findung der eigenen Persönlichkeit, der eigenen Geschlechtlichkeit. Im Gegenteil: Die Jungs sollen ermuntert werden, weibliche Rollen anzunehmen, weibliche Kleidung zu tragen. Ähnliches gilt für die Mädchen. Das Spielen am eigenen Geschlechtsteil ist Teil des Bildungsauftrags im Bereich Sexualerziehung. Vom Thema Körperbeherrschung und Selbstdisziplin sind wir inzwischen weit entfernt. Dies entspricht eine Ideenwelt, wie sie in den Parteiprogrammen der Grünen nachzulesen ist.

Diese Denkwelt will eine andere Gesellschaft, das einzelne Individuum, das „Ich“, wird vollkommen überbetont und zur Selbstentfaltung gebracht, koste es was es wolle. Hier beginnt der Umbau der Gesellschaft an unseren Kindern und deshalb soll auch mittelfristig aus dem Kindergarten eine Kindertagesstätte werden.

Klingt harmlos, aber die Kindertagesstätte ist eine Bildungseinrichtung. Damit einher geht, an sich positiv, die Akademisierung der Erzieherinnen-ausbildung und irgendwann ist dann der Besuch der Kindertagesstätte Pflicht. Der Staat übernimmt die Beeinflussung und Erziehung der Kinder immer früher. Wenn Ihnen dies bekannt vorkommt, haben Sie wahrscheinlich im Geschichtsunterricht aufgepasst und kennen den Roman „Schöne neue Welt“. Es lohnt sich dieses Werk von Aldous Huxley wieder aus dem Bücherregal zu holen!

Warum hat man die Förderung des Eigenheims nach Paragraph 7b und 10e abgeschafft? Warum verteuern Vorschriften den privaten Wohnbau um 45 % in den vergangenen drei Jahren? Wir werden immer mehr zu einem Volk von Mietern statt von Eigentümern!

Die Ablösung des Kollektivsystems Massenverkehr in der Eisenbahn durch das individuelle Kraftfahrzeug war die erste große gesellschaftliche Veränderung, die von den Menschen, den Kunden aus freiem Willen und durch eigene Leistung, durch eigene Bezahlung vollzogen wurde. Während die technisch-wissenschaftlichen Systeme ins dritte Jahrtausend gehen, verharren die politischen Systeme, rot und grün bewegungslos in den Kategorien des 19. Jahrhunderts. Diese verhängnisvolle Blockade zu lösen, ist eine Aufgabe, die der Alternative für Deutschland zuwächst. Wir fordern die unabhängige Wahl des Verkehrsmittels ohne Bevormundung. Wir, die Bürger wollen Individualität statt Fahrplan und

wir wissen, dass das Elektroauto kaum von den bestehenden Energieversorgungssystemen alter Art mittels Wärmekraftwerken und niemals von den unzuverlässigen Einrichtungen der Wind- und Sonnenenergie gespeist werden kann.

Lassen Sie uns unsere Leistungen und Begriffe wie erfinden, entdecken, erobern und erforschen als positives Kernelement einer erfolgreichen und stolzen Industrienation wieder in den Vordergrund stellen! Dafür stehen wir, die Alternative für Deutschland!

Über den Autor



Foto: Privat

Dr. Rainer Balzer, Jahrgang 1959, hat Maschinenbau an den Universitäten Karlsruhe und Stuttgart studiert. Nach Industrietätigkeit Lehrer an einer Gewerbeschule und Mitarbeit am Regierungspräsidium, außerdem Dozent an einer Dualen Hochschule. Seit der Landtagswahl 2016 Abgeordneter der AfD im Landtag von Baden-Württemberg.

Landwirtschaft: CDU verantwortlich für Höfesterben?

Bei der Haushaltsdebatte im Dezember zum Einzelplan 08 für das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ging der AfD-Landtagsabgeordnete Udo Stein als zuständiger Sprecher seiner Fraktion für diese Politikfelder mit der CDU und Minister Peter Hauk (CDU) hart ins Gericht.

Stein verdeutlichte, dass die CDU in Baden-Württemberg insge-

samt 66 Jahre das Landwirtschaftsministerium innehält und den zuständigen Minister für Landwirtschaft stellt. Lediglich eine Legislaturperiode und damit gerade einmal für fünf Jahre stellten die Grünen den Minister für Landwirtschaft. Damit sei ganz klar zu erkennen, dass die Verantwortung für dieses Politikfeld nahezu ausschließlich einer Partei zuzuordnen ist und damit auch der Nieder-

gang der bäuerlichen Betriebe in Baden-Württemberg in die Verantwortung der CDU fällt. Mit Blick auf die 2021 anstehenden Landtagswahlen sagte Stein: „Die Bauern und Wähler werden in etwas mehr als einem Jahr entscheiden können, ob sie dieser Art von Politik weiter vertrauen. Die AfD steht jedenfalls bereit, auch die Landwirtschaftspolitik hier im Land entscheidend mitzugestalten.“ (pm/red)

Bundestag

Berichte aus Berlin: AfD-Prominenz in Weingarten



Weingarten. Im Kreisverband Ravensburg fand am 27. Oktober eine Veranstaltung der Bundestagsabgeordneten Marc Bernhard und Dr. Alice Weidel statt. Als Überraschungsgastredner kam der sachsenanhaltinische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Martin Reichardt, zuständig für den Bereich Familienpolitik, hinzu. Der Andrang war, wie üblich, groß. An diesem Abend gab es allerdings eine besondere Gefahrenlage: Der Sicherheitsbeauftragte gab die Information heraus, dass im erhöhten Maße mit Attacken aufgrund der Landtagswahl in Thüringen zu rechnen sei. Einige Besucher mussten aufgrund der weiträumigen Absperrung der Polizei Umwege in Kauf nehmen.

AfD-Veranstaltungen finden ohnehin nur noch selten ohne Polizeischutz statt, aber an diesem Abend

waren die Sicherheitsmaßnahmen noch einmal deutlich verschärft. Die Anzahl der Securitys war in etwa doppelt so hoch wie sonst, die Polizei trug Köperschutzausstattung, die man sonst eher auf Demonstrationen wie der berüchtigten „highway to hell“-Demo in Hamburg sehen konnte, und die Auflagen für den Tascheninhalt waren auf Flughafenstandard erhöht – die Abgabe sämtlicher Flüssigkeiten, Handtaschen und Jacken war also angesagt. Da es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelte, kamen natürlich auch Kritiker und Personen, die nur stören wollten. Nach Angaben der Security sahen sich etwa 350-400 Interessenten und Zuhörer ca. 100-150 Störern gegenüber.

Marc Bernhard begann mit seinem Vortrag, der die Position der AfD zum Klima-Alarmismus, zu Windkraftindustrieanlagen und alternativen Möglichkeiten der Energiegewinnung beinhaltete. Zunächst versuchten die üblichen Verdächtigen, seinen Vortrag mit lauten Geräuschen und Zwischenrufen zu stören, worauf Bernhard aber ganz souverän mit Zahlen, Daten und Fakten reagierte. So verstummten bald die Störer, die aufgrund ihres Alters wohl auch gern freitags schulfrei feiern.

Danach erläuterte Martin Reichardt, warum wir eine Willkommenskultur für Kinder brauchen und die Familien gestärkt werden müssen. Als er bei der Position der AfD gegen eine Aufhebung der Fristenregelung bei Abtreibung angelangt war und erklärte, dass die Jugendorganisation

der SPD sogar eine Abtreibung bis zur Geburt zulassen will, wurde von den üblichen Verdächtigen geklatscht und zustimmend gegrölt. Die sie umgebenden Zuhörer waren sichtlich verstört ob dieser unpassenden und empathielosen Reaktion, zumal sie von so jungen Menschen kam, bei denen die eigene Säuglingszeit noch nicht allzu lange her war.

Dr. Alice Weidel stellte als Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion die bisher initiierten Initiativen derselben vor. Mit unzähligen kleinen und großen Anfragen, Gesetzesvorlagen und Anträgen kann die Bundestagsfraktion aufwarten und sich somit als aktive, wenn nicht sogar die aktivste Kraft im Bundestag behaupten. So stellte die Fraktion u.a. einen Antrag auf ein Verbot der Hisbollah in Deutschland, die Aufhebung des NetzDG, die Wiederherstellung der Sicherheit durch Grenzschutz und die Förderung und Unterstützung von Familien.

Die Veranstaltung konnte am Ende trotz einzelner Störungen eindeutig als Erfolg gewertet werden. Der einzige Wermutstropfen war an diesem Abend die Erkenntnis, dass eine demokratische, bürgerliche Partei in Deutschland nicht mehr ohne ein Großaufgebot an Polizei und Sicherheitskräften von ihrem Recht auf Mitwirkung an der Meinungsbildung machen kann. (red)

Alternative  Nachrichten
aus Landtag, Bundestag und EU-Parlament

Gratis-Abo: alternativenachrichten.bw@gmail.com

Waffenrecht: Führt Änderung zu Kriminalisierung?

Berlin. Im Oktober wurde im Bundestag das Dritte Waffenrechtsänderungsgesetz debattiert. Martin Hess, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitskreises Innenpolitik der AfD-Bundestagsfraktion, der seine Fraktion in der Debatte vertrat, erklärte hierzu in einer Pressemitteilung:

„Eine Verschärfung des Waffenrechts hindert Terroristen und Extremisten nicht an Attacken mit illegalen Schusswaffen, sondern trifft nur Legalwaffenbesitzer.“ Die Bundesregierung wolle abermals die Wiederholungsprüfung des waffenrechtlichen Bedürfnisses verschärfen und habe

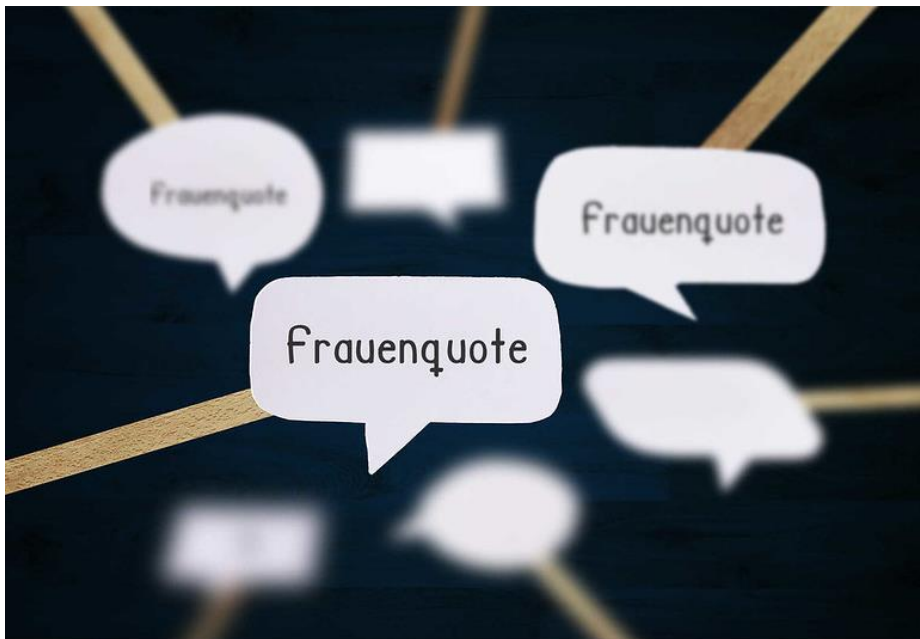
die EU-Feuerwaffenrichtlinie restriktiver als nötig umgesetzt.

„Anstatt gesetzestreue Bürger zu gängeln und zu kriminalisieren, sollte die Bundesregierung endlich Terrorismus und Extremismus effektiv bekämpfen“, kritisierte Hess abschließend. (pm/red)

Anhörung im Bundestags-Ausschuss: Kommt die staatliche Frauen-Quote für Kunst, Kultur, Medien?

Berlin. In der Sitzung des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien am 11. Dezember 2019 wurden fünf Sachverständige aus Vereinen, Stiftungen und Lobbyorganisationen zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien“ gehört. Die ausschließlich weiblichen Sachverständigen forderten übereinstimmend eine 50-Prozent-Geschlechterquote bei der Stellenbesetzung und der staatlichen Förderpraxis in den Bereichen Medien und Kultur. Auch auf den Kinoleinwänden und den Theaterbühnen hätten so viele Frauen wie Männer zu erscheinen, Frauen sollten möglichst nicht in „traditionellen Rollenbildern“ gezeigt werden.

Dr. Marc Jongen, der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, widersprach diesen Forderungen mit Blick auf die Kunstfreiheit und das Kriterium der künstlerischen Qualität, das hier allein den Ausschlag geben dürfe: „Pikant in diesem Zusammenhang ist, dass eine zahlenmäßige ‚Gleichstellung von Mann und Frau‘ von feministischen Lobbyvereinen gefordert wird, deren Genderideologie zugleich von unzähligen ‚sozialen Geschlechtern‘ ausgeht. Einerseits leugnet man die biologischen Unterschiede zwischen



Frauenquote - trotz angeblich unzähliger Geschlechter? Foto: Flickr/Christoph Scholz; Lizenz: CC BY-SA 2.0

Männern und Frauen, andererseits befeuert man den Geschlechterkampf entlang der harten biologischen Differenz. Orwells Doppeldenk lässt grüßen“, so Jongen.

Als einzige Fraktion im Ausschuss sprach sich die AfD außerdem gegen die „Gleichstellung“ von Mann und Frau im Sinne von Ergebnishleichheit aus und trat stattdessen für die Gleichberechtigung im Sinne von Chancengleichheit ein: „Wir wissen uns damit im Einklang mit dem

Grundgesetz, das in Artikel 3 (3) ausdrücklich davon spricht, dass niemand wegen seines Geschlechts bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Die von den Altparteien unisono betriebene Gleichstellungspolitik benachteiligt schon jetzt systematisch Männer und ist damit grundgesetzwidrig. Sie entwertet außerdem die Leistung der vielen fachlich hervorragenden Frauen, die gar keine Quote nötig haben, und muss beendet werden“, bekräftigte Jongen. (pm/red)

Christenverfolgung: Menschenrechte in Gefahr

Berlin. Der 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte, da an diesem Datum im Jahr 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet wurde. Die AfD-Fraktion im Bundestag thematisierte anlässlich dieses Jahrestags in einer Pressemitteilung auch die weltweite Christenverfolgung, die ihrer Ansicht nach in der öffentlichen Debatte zu kurz komme: „Die AfD-Bundestagsfraktion macht sich besonders für die Menschenrechte derjenigen stark, die von den Etablierten völlig vernachlässigt werden“, erklärte ihr men-

schenrechtspolitischer Sprecher Jürgen Braun. „Dazu gehören auch und gerade die verfolgten Christen. Weltweit findet die größte Christenverfolgung aller Zeiten statt. Anstatt diese traurige Tatsache zu leugnen oder sie zu relativieren, müssen wir endlich handeln!“ Sein Kollege im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, der AfD-Bundestagsabgeordnete Anton Friesen aus Thüringen, ergänzte: „Bereits im letzten Jahr haben wir einen Antrag eingebracht, der Sanktionen und die Kürzung der Entwicklungshilfe für Verfolgerstaaten

fordert. Außerdem machen wir uns für die Unterstützung verfolgter Christen vor Ort, für Stipendienprogramme an deutschen Universitäten und Kontingente für die wirklich Verfolgten stark. Von den Altparteien wurde dieser Antrag geschlossen abgelehnt, was den Stellenwert zeigt, den sie diesem wichtigsten Menschenrechtsthema unserer Tage zuordnen.“ „Hilfe für diejenigen, die um ihres Glaubens Willen Verfolgung und Pein ausgesetzt sind“, sei das Gebot der Stunde, so Braun abschließend. (pm/red)

EU-Parlament

„European Green Deal“: Beitrag zum Klimaschutz oder ökosozialistische Entmündigung der Bürger?



Stimmabgabe bei der Europawahl 2019

Foto: Wikimedia/Dirk1981; Lizenz: CC BY-SA 4.0

Brüssel/Straßburg. Am 11. Dezember wurde der sogenannte European Green Deal vorgestellt. Prof. Dr. Jörg Meuthen, AfD-Bundessprecher und Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament, kommentiert diesen wie folgt:

„Ursula von der Leyens European Green Deal ist ein Dokument der hemmungslosen christdemokratischen Anbiederung an grünsozialistische Klimaideologen aus rein machtpolitischer Motivation. Von der

Leyen überholt Merkel locker links – weiter links ist nur noch der Abgrund. Sie tut dies deshalb, weil sie von linksgrünen, sozialistischen Abgeordneten abhängig ist. So wird sie zur Vollstreckerin der grünsozialistischen Agenda, die zur vorgeblichen Weltenrettung um jeden Preis vorangetrieben wird.

Erst waren es Millionen, dann Milliarden, bald Phantastilliarden, die für die ökosozialistische Umgestaltung unseres Kontinents bereitgestellt

werden. Die Bürger der EU zahlen immer größere Summen an Steuern für ihre eigene Entmündigung, Entrechtung und Enteignung.

Flankiert wird diese fatale Politik seitens der EZB, deren neue Chefin Christine Lagarde bereits allen Ernstes eine ‚grüne Geldpolitik‘ angekündigt hat. Diese wäre nicht nur vertragswidrig, sondern würde auch zusätzlich zu Lasten deutscher Steuerzahler und Sparer gehen. Die gesamte EU nutzt die jeglicher Rationalität spottende Klimahysterie, um sich noch mehr Kompetenzen zuzuschancen und so den Weltklimapolizisten spielen zu können. Aber Hysterie war noch nie ein geeigneter Ratgeber zur Bewältigung realer ökologischer Probleme des Planeten. Unbenannt bleibt die Hauptursache der besorgniserregenden ökologischen Entwicklung. Diese liegt im massiven, exponentiell steigenden Wachstum der Erdbevölkerung, das sich katastrophal auf Ökosysteme, globalen Flächenverbrauch und die Meeresnutzung auswirkt.

Die Ausgabenorgie von der Leyens lässt überhaupt nicht erkennen, diese Probleme irgendwie an der Wurzel zu packen. Der Green Deal ist plumper Aktionismus aus politischen Gründen ohne wissenschaftliche Fundiertheit.“ (pm)

Alternative Nachrichten aus Landtag, Bundestag und EU-Parlament

Jetzt gratis digital abonnieren!

Per E-Mail an:

alternativenachrichten.bw@gmail.com